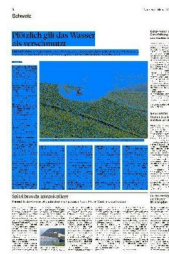


Plötzlich gilt das Wasser als verschmutzt

Streit um Pestizide Abbauprodukte von Chlorothalonil verunreinigen das Grundwasser in zwölf Kantonen, warnt das Bundesamt für Umwelt. Von Syngenta wird die Behörde dafür scharf kritisiert.



Nach einem Hagelschlag müssen die verletzte Reben vor Pilzbefall geschützt werden: Helikoptereinsatz in der Nähe von Genf. Foto: Keystone



Stefan Häne

Erschreckend seien die Resultate, sagt Franziska Herren, Promotorin der Trinkwasserinitiative, die den Pestizideinsatz stark drosseln will. Die Verunreinigung des Grundwassers stamme aus einer mit Steuergeldern hoch subventionierten Landwirtschaft, so Herren. «Wir alle bezahlen also für die Pestizidbelastung in unserem Trinkwasser.» Dieser Irrsinn müsse ein Ende haben. Das Volksbegehren kommt wohl 2021 an die Urne.

Ausgelöst hat Herrns scharfe Reaktion die «erste landesweite Einschätzung», die das Bundesamt für Umwelt (Bafu) für das Pilzbekämpfungsmittel Chlorothalonil respektive dessen Abbauprodukte vorgenommen hat. Der Befund, der auf Daten von 2017 und 2018 basiert: Mehrere dieser sogenannten Metaboliten überschreiten den Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter im Grundwasser – also in jenem Bereich, aus dem 80 Prozent des Trinkwassers gewonnen werden. Das Bafu geht davon aus, dass die Grundwasserqualität noch jahrelang «in grösserem Ausmass» beeinträchtigt bleibt.

Politik oder Wissenschaft?

Insbesondere die Metaboliten R471811, R417888 und R419492 verunreinigen laut Bafu das Grundwasser in vielen landwirtschaftlich genutzten Gebieten im Mittelland grossflächig. Betroffen seien zwölf Kantone, darunter Zürich und Bern. Als grössten Übeltäter identifizieren das Bafu den Metaboliten 471811. Dieser weist in allen Fällen die höchsten Konzentrationen auf, an 40 der 70 Messstellen mehr als 0,1 Mik-

rogramm pro Liter, an 5 «sogar» mehr als 1 Mikrogramm.

Die Analyse scheint klar. Ist sie aber nicht – zumindest nach Einschätzung von Syngenta. Der Agrochemiekonzern, der Chlorothalonil herstellt, wirft dem Bafu vor, Verunsicherung zu schüren. Wie kommt Syngenta zu dieser Kritik? Die Antwort führt mitten in einen Streit um Grenzwerte und um die Frage, ob es hier um Wissenschaft oder Politik geht.

Am 12. Dezember letzten Jahres hatte der Bund angekündigt, Chlorothalonil per sofort die Zulassung zu entziehen. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) teilte die Einschätzung der EU-Kommission, die das Pestizid im Frühjahr 2019 als wahrscheinlich krebserregend eingestuft hatte. Somit seien auch die Metaboliten des Pilzbekämpfungsmittels als relevant einzustufen, so das BLV.

Für diese Metaboliten gilt seither der markant tiefere Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter statt wie bis anhin deren 10. Entsprechend sind neu viele Überschreitungen feststellbar. Pikanterweise hatte jedoch das BLV selber in einem internen Prüfbericht vom 3. Dezember 2019 die drei erwähnten Metaboliten als nicht-relevant eingestuft und damit für Mensch und Umwelt als ungefährlich klassifiziert.

«Bedenkenlos» geniessbar

Syngenta hat deshalb gegen das Verbot Beschwerde eingereicht. Aber auch, weil Chlorothalonil, anders als von der EU-Kommission dargelegt, «nur» im Verdacht steht, möglicherweise krebserregend zu sein. Dies gilt gemäss der

Europäischen Chemikalienagentur, die allein für die Klassifizierung der Pestizide zuständig ist.

Das BLV verteidigte sich im Februar in dieser Zeitung mit dem Argument, Konsumenten sollten «nicht mit Pestiziden mit besorgniserregenden toxikologischen Eigenschaften in Kontakt kommen». Der Fall liegt nun vor dem Bundesverwaltungsgericht. «Die intransparente Information der Behörden ist ein Informationsdebakel», sagt Syngenta-Sprecherin Regina Ammann. Landauf, landab würden Wasserversorger Grenzwertüberschreitungen melden, entsprechend gross sei die Aufregung. Das Bafu entgegnet, es sei sein Auftrag, die Öffentlichkeit über neue Ergebnisse zu informieren – nicht zur Verunsicherung, sondern zur transparenten Information. Weitere Resultate von 2019 würden voraussichtlich diesen Sommer publiziert.

Für die Bevölkerung bleibt eine Gewissheit: Sie kann Trinkwasser «bedenkenlos» trinken, wie das BLV erläutert. In diesem Sinne äussert sich auch Kurt Seiler, Leiter des Interkantonalen Labors. Er betont aber, die Qualität müsse besser werden. Dank des Verbots von Chlorothalonil würden die Belastungen zurückgehen.

Die Wasserversorger sind daran, Lösungen zu finden. Es braucht laut Seiler Massnahmen, damit solch «grossflächige Kontaminationen» künftig nicht mehr auftreten. Dazu gehören Anpassungen bei der Zulassung von Pestiziden und die Ausscheidung von Zuströmbereichen. Schnelle Verbesserungen werde es in den meisten Fällen aber nicht geben.